

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Heinz Fenrich

ÖFFENTLICHE SITZUNG

19.

**Punkt 16 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Ute Müllerschön, Ursula Paepcke und Heike Backes (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 5. Juni 2007:
Modellprojekt "Schule und Betrieb" (SchuB)**

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16, Vorlage Nr. 1061 Antrag, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Baitinger (SPD): Der zuständige Herr Bürgermeister ist im Moment nicht da, aber das macht nichts, da er ja aus der gestrigen Sitzung bereits unsere Stellungnahme kennt. Die Antwort der Verwaltung ist ja sehr schön, und wir sind sicher gespannt auf die zwei Konzepte, die im Schulbeirat vorgestellt werden - zu gegebener Zeit, die hoffentlich bald gegeben ist. Aber es geht so haarscharf eigentlich vorbei an dem, was wir beantragt haben. Denn beantragt haben wir ein Modellprojekt - ein Modellprojekt, das es in dieser Form, wie unser Antrag es in der Begründung darstellt, ja bereits in einigen Bundesländern gibt, so z. B. in Hessen und in Hamburg. Über die beiden habe ich schon ein bisschen genauer gelesen. Und zwar wäre hier die Aufgabe der Stadt vor allen Dingen die Sache beim Kultusministerium durchzusetzen und Schulen sowie Betriebe zu finden, die sich beteiligen.

Denn worum geht es? In unserem Schulsystem werden die Schwächsten immer wieder beschämt, vom ersten Tag ihres Lernens, durch die Misserfolge und die damit verbundenen, für das Kind dann doch sehr schmerzhaften Prozesse des ewigen

Versagens. Diese Kinder verlieren die Lernlust, und wir wissen ja, in vielen dieser Klassen gibt es dann Störungen. Diese Probleme häufen sich in den Hauptschulen und führen dazu, dass es viele Abbrüche an den Hauptschulen gibt bzw. Abgänger ohne Abschluss. Dass es diese Jugendlichen am schwersten haben, zu einer Lehrstelle zu kommen, das wissen wir alle - und dass sie uns am Herzen liegen und nicht später auf der Tasche liegen sollen, das wünschen wir uns als SPD-Fraktion.

Diese Schulmodelle machen Folgendes: Dort gehen die Kinder nicht für ein paar Tage in das Praktikum - wie das heute an allen Schularten gang und gäbe ist -, sondern sie gehen über zwei, in Hamburg sogar über drei Schuljahre, also ab der 7. Klasse, einen bis zwei Tage in der Woche in den Betrieb. Das ist nicht einfach wegen der Jugendschutzgesetze und bedeutet natürlich, dass sie in dieser Zeit nicht in der Schule sind und somit weniger Stoff machen.

Dies ist der Kernpunkt, der auch in einer Genehmigung oder mit dem Ministerium irgendwie verabredet werden muss, weil das ja Konsequenzen auf die Prüfung hat. Erstaunlicherweise haben dann diese Schüler - aufgrund der praktischen Lernerfolge und aufgrund der Akzeptanz in den Betrieben - nachher bessere Abschlüsse als viele der Schüler, die nicht an diesem Praktikum teilgenommen haben. Sie haben auch großen Einblick in die Lebenswelt Betrieb gewonnen, finden meist eine Lehrstelle in einem der Betriebe, in dem sie das Praktikum gemacht haben, und insofern ist das ein sehr, sehr guter Weg das Selbstvertrauen dieser Kinder und Jugendlichen wieder aufzubauen.

Ich möchte noch hinzufügen, dass die Praktika natürlich nicht durchgängig über mehrere Jahre in einem Betrieb absolviert werden, das ist nicht sinnvoll, sondern im vierteljährlichen Rhythmus in verschiedenen Betrieben. Und deshalb bräuchte man natürlich schon auch eine Anzahl an Betrieben mit unterschiedlicher Branchenspezifität, um eine gewisse Wahlmöglichkeit bzw. Berufsorientierung für diese Kinder auch zu ermöglichen.

Das Stichwort Berufsorientierung taucht ja in der Antwort auf, das ist auch gut, aber es ist eben noch auf der Ebene von Arbeitsgemeinschaften und Projekten. Dagegen ist zunächst mal nichts einzuwenden. Aber für diejenigen, die wirklich sich selbst die

größten Schwierigkeiten machen und damit auch indirekt uns, für die wäre dieser kontinuierliche Weg, wie er in Hamburg und Hessen gegangen wird, wahrscheinlich der beste.

Es ist wirklich überraschend, wenn man liest, welche Erfolge dieses Projekt hat, und wir würden uns wünschen, dass wir in Karlsruhe auch federführend vorangehen könnten, um diesen Weg zu finden. Da für das kommende Schuljahr der Zug sicher abgefahren ist, haben wir zeitliche Handlungsspielräume und wir bitten - ohne formell über den Antrag abzustimmen -, die Sache noch mal aufzugreifen und weiter zu verfolgen, entsprechende Anträge zu stellen sowie auch im Schulbeirat auf diesen jetzt ausführlich dargestellten Punkt einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Jooß (FDP/Aufbruch): Ich denke, was Frau Baitinger vorgestellt hat, klingt hervorragend. In einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer, die ich besucht habe, bei der auch das Kultusministerium beteiligt war, wurde vorgestellt, dass die Noten bei den Schülern, die 3 Tage in der Schule sind und 2 Tage im Betrieb, erheblich besser sind als bei denen, die 5 Tage in der Schule sind.

Ich muss mich natürlich fragen, ob so ein Projekt flächendeckend zu verwirklichen ist. In der Antwort der Verwaltung zu Ziffer 3 steht nämlich, dass nach einer aktuellen Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 26.06. das Projekt Schule und Betrieb flächendeckend für die Klassenstufen 8 und 9 eingeführt wird. Ich frage Herrn Frisch: Welches Projekt? Schule B 2 plus 3 oder dieses Projekt hier in Karlsruhe? Wie soll das auf dem flachen Land realisiert werden? Wie sieht der Lehrplan in drei Tagen aus? Ich denke, das können wir hier in Karlsruhe nicht steuern, das geht nur über das Kultusministerium. Aber ich wollte eigentlich viel weiter gehen und heute keine Debatte über unsere Schulen führen. Ich denke, es ist alles Flickschusterei, was vom Kultusministerium kommt, ...

(Zuruf: Was?!)

- Ja, natürlich, ohne qualifizierte Kräfte, mit Assistenten, mit Jugendbegleitern, mit Mentoren!

Ich denke, wir müssen das Problem viel früher anpacken. Ich habe gehört, ein Drittel der Schüler der dritten Klasse können noch nicht einmal die Uhr lesen. Wir müssen schon im Kindergarten anfangen, und zwar mit qualifizierten Ausbildern. Herr Høyem hat es immer wieder gesagt, es muss nicht nur bei der Betreuung, sondern wirklich schon bei der Ausbildung angefangen werden - wenn wir hier nicht anfangen, scheitern wir schon in den Endpunkten.

Das nächste große Dilemma ist, dass keine Lehrer eingestellt werden - trotz großen Abgängen, null neue Lehrer in Grund- und Hauptschule. Im Wahlkampf wird groß verkündet: Bildung, Bildung, Bildung, unsere einzige Ressource - und es sieht genau umgekehrt aus.

(Unruhe, Zurufe)

Ich kann nur an unsere Landesregierung, an unser Kultusministerium appellieren: So kann es nicht weitergehen! Auch unser Handwerk, der BHWT, fordert ein anderes Schulsystem. Wir bekommen im Handwerk nur noch Schüler von der ... - ich will jetzt nicht mehr von der Restschule sprechen, es ist immer noch die Hauptschule. Aber wenn das so weitergeht, dann wird die Hauptschule zur Restschule und so kann es nicht weitergehen!

(Bravo-Rufe und Beifall bei der SPD)

Stadträtin Schulze-Harzer (Grüne): Ich denke, es hat bei diesem Antrag und der Antwort der Verwaltung auch etwas Verwirrung gegeben, weil dieser Begriff Schule und Betrieb, also SchuB abgekürzt, in Hessen und in Baden-Württemberg etwas Unterschiedliches bedeutet.

In Baden-Württemberg ist SchuB ein Zusatzunterricht in Deutsch und Mathe in der Klasse 8 und 9, gewünscht von der Wirtschaft, weil sie gesagt hat, unsere Hauptschüler bringen nicht mehr die Voraussetzungen in diesen Fächern mit, die man für

eine Ausbildung braucht. Das hessische SchuB geht wesentlich weiter. Hier muss man sehen, dass der Betrieb tatsächlich zum zweiten permanenten Lernort unserer Schüler wird. Das ist etwas ganz anderes - und es ist auch nur für eine bestimmte Gruppe gedacht.

Ich darf Ihnen vielleicht mal zwei Beispiele nennen, die mit dem hessischen SchuB angesprochen werden sollen. Da ist einmal ein Junge, der ist 14 Jahre alt, hat die 6. Klasse wiederholt, steht am Ende der 7. Klasse auf 5,1, ist zunehmend bedrohlich für seine Mitschüler, hat kaum Selbstwertgefühl, ist suchtgefährdet und aggressiv - und die Eltern sind hilflos.

Dann wird noch ein Beispiel für ein 14-jähriges Mädchen gebracht. Das hat die Klassen 4 und 6 wiederholt, steht am Ende der 7. Klasse bei einem Notenschnitt von 4,9, ist introvertiert, stark pubertierend, demotiviert und lebt in einem schwierigen sozialen Umfeld.

Ich betone das deshalb, weil es ganz wichtig ist, dass wir die Rahmenbedingungen sehen und diese auch stimmen müssen, bevor wir dieses Projekt einführen wollen - und die werden in Hessen so definiert: Diese Klasse darf nicht mehr als 12 Schüler umfassen, es muss mindestens ein Sozialpädagoge jede einzelne Klasse betreuen, die abgebende Hauptschule beschließt in einer Klassenkonferenz, dass dieses Kind für dieses Projekt geeignet ist. Der Schüler muss sich für dieses Projekt bewerben und dann wird ein Vertrag zwischen Schülern, Eltern und der Schule gemacht - auch im Hinblick darauf, wie diese Maßnahme mit Erfolg durchlaufen werden soll. Es werden also alle in die Pflicht genommen, damit es zum Erfolg geführt werden kann.

Ich mache das auch so ausführlich, weil im Kultusministerium eine Reihe von Maßnahmen genannt wurden, die die Hauptschule besserstellen sollen. Da wurde jetzt auch ein Praxiszug genannt und der könnte sehr schnell mit diesem hessischen SchuB verwechselt werden. Denn dieser Praxiszug beinhaltet eben auch, dass die Schüler in Klasse 8 und 9 zwei Tage in der Woche im Betrieb sind. Allerdings muss man sehen, wenn hier nur 133 Lehrer für ganz Baden-Württemberg abgestellt werden sollen, dann kann nicht diese Zielgruppe - Hauptschüler, die aus Klasse 7 oder 8 ohne Abschluss die Hauptschule verlassen - gemeint sein.

Wir unterstützen natürlich den Antrag der SPD, bitten aber darum, dass genau hingeschaut wird, ob eine Schule sich auch als kompetent empfindet, diese Gruppe in dieser Art und Weise zu führen. Wir in unserer Fraktion denken uns, dass das vielleicht auch eine Maßnahme der Erziehungshilfe ist und vielleicht auch dort besser angesiedelt wäre. Aber wenn es eine Schule gibt, sollte geprüft werden, ob diese Schule auch die Rahmenbedingungen bekommt - und nicht, dass das Kultusministerium sagt, das haben wir ja schon, jetzt haben wir den Praxiszug, da ist kein Handlungsbedarf mehr. Das wäre uns sehr wichtig und wir unterstützen, wie gesagt, den Antrag der SPD.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Döring (KAL): Liebe Kollegin Baitinger, ich möchte mich bei Ihnen bedanken, weil ich den Antrag und die Begründung der Verwaltung gelesen habe und dachte - ja wie? Wird da jetzt etwas beantragt, was es schon gibt - das kann ja eigentlich nicht sein? Ich habe jetzt wirklich erst durch den Beitrag und auch die Erläuterung, die jetzt noch zu dem hessischen Modell kam, begriffen, um was es tatsächlich geht und dass es etwas ist, was es hier wirklich noch nicht gibt.

Ich denke auch, wenn wir im Schulbeirat darüber diskutieren, sollten wir genau in die Richtung gehen: Wie ist dieses Modell, wie es in Hessen praktiziert wird, für uns umsetzbar? Ich denke, dass dieses Modell wahrscheinlicher sinnvoller ist als so eine kleine Flickschusterei. Welche Möglichkeiten gibt es, das mit dem Bildungssystem in Baden-Württemberg umzusetzen? Deswegen möchte ich dem Kollegen Jooß auch für seinen Beitrag sehr danken, denn ich denke, er hat vielen von uns aus der Seele gesprochen.

Stadträtin Staab (CDU): Es gibt SchuB in Baden-Württemberg! SchuB wurde in Baden-Württemberg entwickelt und es gibt ein eigenes baden-württembergisches SchuB. Ich weiß es deswegen, weil ich diese Vorlage mit beschlossen habe.

Für SchuB gibt es Module, die ganz speziell entwickelt wurden. Dort wird natürlich nicht der klassische Bildungsplan für die normale Hauptschule angewendet, weil es tatsächlich keinen Sinn macht, da die Kinder in weiten Teilen in der praktischen Aus-

bildung sind. Für SchuB wurden ganz spezielle Module für Mathematik und Deutsch entwickelt - das sind so dicke Ordner, die habe ich zuhause stehen. Die kann man bei der PH Ludwigsburg anfordern, wenn man dieses Modell in der Schule implementieren möchte. Jede Schule, die das machen möchte, kann SchuB machen.

Ich denke, es ist nun wichtig und richtig, dass wir uns als Gemeinderat damit befassen - nur ist es eigentlich eine Initiative, die ich mir von den Schulleitern wünsche. Wir führen hier eine Hauptschuldebatte, die völlig an SchuB und an allem vorbei geht. Was ich mir wünsche, sind Hauptschulleiter, die jetzt von sich aus kommen und sagen, wir wollen unsere Schule profilieren. Wir wissen genau, dass diese Hauptschulen, die diese Dinge anwenden - also die sich in diesen Bereichen engagieren und profilieren, die mit den Betrieben zusammenarbeiten -, in der Regel keine Probleme haben, ihre Schüler dann auch tatsächlich zu einem hohen prozentualen Anteil in die praktische Ausbildung nach der Hauptschule zu vermitteln.

Die haben in der Regel auch viel weniger Probleme mit gewalttätigen Jugendlichen. Ich fand es auch schade, dass wir jetzt mal wieder gehört haben, wie der klassische 08/15-Hauptschüler anscheinend aussieht. Wir sollten uns auch in diesem Hause davor hüten, pauschale Bilder von Kindern an Hauptschulen zu zeichnen - die gibt es nicht! Wir haben Hauptschüler aus allen Schichten. Wenn ich an Amtzell denke, da haben wir auch Hauptschüler mit Gymnasialempfehlung. Ich finde es schade, dass hier wieder absolut pauschal argumentiert wird. Damit tun wir den Hauptschülern und der Hauptschule sicherlich keinen Gefallen.

Es gibt tolle Projekte, SchuB ist eines davon. Wir müssen dafür werben, dass diese Projekte umgesetzt werden, und wir brauchen hier keine Debatte über die Hauptschule - das ist hier sicherlich nicht der richtige Ort.

(Stadträtin Baitinger/SPD: Das bestimmt aber nicht die Frau Staab!)

Bürgermeister Denecken: Sie haben mir jetzt natürlich einen Schub gegeben, dass ich in die Diskussion eingreife und darum bitte, dass wir diese sachlich wirklich sehr, sehr fundierten Beiträge im Schulbeirat intensiv noch mal diskutieren - und zwar bitte in Anwesenheit des Staatlichen Schulamtes Karlsruhe.

(Beifall)

Wir verspüren in den letzten Monaten und Jahren verstärkt eine Kommunalisierung der Bildung, d. h., immer stärker müssen wir als Kommune eingreifen, um unsere Kinder und Jugendlichen in verschiedenen Bereichen zu bilden, weil es einfach Defizite in bestimmten Bereichen gibt.

In einem Punkt, sehr geehrte Frau Staab, haben Sie Recht. Die Auflösung der Hauptschulbezirksgrenzen wird dazu führen, dass sich so mancher Schulleiter einen Schub geben und seine Schule so profilieren muss, dass sie in 5 Jahren noch besteht - das ist Fakt!

Wir haben ja einen recht raffinierten Kniff angewendet. Nicht wir lösen die Hauptschule auf, wir hätten im Herbst schon vier auflösen können, sondern die Schulleiter haben es jetzt in der Hand. In 5 Jahren machen Sie einen Strich drunter und sagen, welche Schulen wir auflösen müssen, weil diese Schulleiter ihre Schule nicht profiliert haben - in erster Linie mit Aktionen, wie sie Frau Baitinger genannt hat: Kooperation Betrieb und Schule.

Meinen Schülern habe ich immer gesagt: Guckt doch mal alle aus dem Fenster, da draußen ist das Leben.

(Heiterkeit)

Das heißt erstens, wir müssen die Kooperation zwischen Berufsschulen und Hauptschulen verstärkt angehen - das wird zum Teil ganz, ganz positiv in Durlach praktiziert. Dazu muss man aber Fronten aufbrechen - sowohl bei den Berufsschulen, als auch bei den Hauptschulen, und dazu gehört viel Arbeit.

Zweitens müssen wir in das operative Geschäft der Vernetzung einsteigen. Im Grunde sieht der Schulbürgermeister, der Schulbeirat in Zukunft die Haupttätigkeit darin, alles Vorhandene zu vernetzen. Es gibt unheimlich viele in Karlsruhe, die voneinander partizipieren und miteinander zum Erfolg führen könnten. Aber ich muss sie alle an einen Tisch bringen - das ist, denke ich, unsere Aufgabe.

Und drittens haben wir grünes Licht vom Kultusminister, jegliche Veränderung anzugehen. Ich kann jetzt ganz neu sagen, dass wir ganz aktuell Kooperationen zwischen Realschule und Hauptschule anschieben. Dies hat kein Tabu mehr in Baden-Württemberg. Der Minister selbst hat zu mir gesagt, wenn Sie eine Schule - mit Hauptschule, Grundschule und Realschule - auf dem gleichen Campus haben, dann tun Sie es bitte. Dies werden wir im Herbst beginnen.

Die schwerste Arbeit hatte ich in den Kollegien - beide Kollegien zur Zusammenarbeit zu überzeugen. Ich weiß, dass sie sich nicht einmal auf dem Schulhof grüßen, aber das wäre vielleicht schon der erste Schritt - und es wird geschehen. Ein weiterer Punkt ist, dass auch der europäische Sozialfonds uns in diesen Bemühungen unterstützt. Man hat auf europäischer Ebene festgestellt, dass man noch einen Schritt weiter zurückgehen muss, also nicht die Defizite heilen, sondern man muss noch weiter zurückgehen, in die Schulen hinein und die Menschen früher an die Betriebe heranzuführen, wie gesagt - dort, wo das Leben sich befindet. Aber bitte nur in Kombination mit dem Staatlichen Schulamt - wir sind die Schulträger und wir haben eigentlich nicht die Aufgabe die Bildung hier voranzutreiben.

Andererseits, das muss ich zugeben, es sind unsere Kinder, es sind unsere Jugendlichen, und die wollen wir nach vorne bringen. Deshalb hoffe ich auf eine sehr anregende Diskussion im Schulbeirat, und ich finde es spannend, wenn wir uns wie in anderen Bereichen einig sind, dass wir Modelle mit den Betrieben zusammen angehen. Da brauche ich dann die Hilfe der Wirtschaftsbürgermeisterin und des Oberbürgermeisters, damit sich die Betriebe auch öffnen. Sie tun es, aber es kommen schon die Gymnasien, die ein Praktikum wollen. Es kommen die Realschüler, die ein Praktikum wollen. Es kommen die Hauptschüler, die ein Praktikum wollen. Dann kommen noch Studenten, die auch ein Praktikum wollen. Und mancher Betriebsleiter sagt, er wisse nicht mehr, wo ihm vor lauter Praktikanten der Kopf steht. Er habe einfach auch nicht die Kapazität, neben der Produktion auch noch auf Praktikanten Acht zu geben. Ich schaue hier zu jemandem, der ein Betrieb hat. Ich weiß nicht, ob er alle 4 Wochen einen Praktikanten nehmen könnte, denn das bedeutet auch Arbeit.

(Stadtrat Cramer/KAL: Einmal im Jahr!)

- Einmal im Jahr - genau!

(Stadträtin Geiger: Im Schulbeirat!)

- Im Schulbeirat - danke, ich hör' schon auf!

Der Vorsitzende: Der Kollege Denecken wird das also im Schulbeirat vernetzen. Wir kommen eigentlich auch immer wieder in das gleiche Spannungsfeld der Zuständigkeiten auf den verschiedenen öffentlichen Ebenen. Das ist die Schwierigkeit, die wir da haben, deshalb brauchen wir dort dringend die Vernetzung. Unter Vernetzung verstehe ich das Staatliche Schulamt, aber auch die geschäftsführenden Schulleiter, denn die sind ja mit im Schulbeirat. Wir brauchen die Schulen vor Ort, die mitmachen, und dann natürlich auch die Vernetzung mit der Wirtschaft.

Ich würde bitten - wie zugesagt - das im Schulbeirat aufzugreifen und zu diskutieren und dass man es dann, wenn im Schulbeirat eine Idee entstanden ist, noch mit der Wirtschaft bespricht.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Weiterbehandlung im Schulbeirat

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Stadträtin Baitinger (SPD)
Stadträtin Müllerschön (SPD)
Stadträtin Paepcke (SPD)
Stadträtin Backes (SPD)
Schul- und Sportamt
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -
17. August 2007